



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Judith Skudelny MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 6.609
Telefon 030 227 – 74728
Fax 030 227 – 76728
E-Mail:
Judith.skudelny@bundestag.de

Wahlkreis

Siebenmühlenweg 36
70771 Leinfelden Echterdingen
Telefon 0711 22097-700
Fax 0711 22097-699
E-Mail:
Judith.skudelny@wk.bundestag.de

Berlin, 20.01.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Parteimitglieder und Interessenten,

aktuell wird in den Medien das Thema Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe kontrovers diskutiert. Die Medienberichterstattung erweckte den Eindruck, dass diese Großspende eine Gegenleistung für die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelleriegewerbe von 19 auf 7 Prozent sei. Dieser Berichterstattung möchte ich ausdrücklich widersprechen und die komplette Sachlage darlegen, die in den Medien so bisher nicht vermittelt wurde.

Vorweg: Richtig ist, dass man bezüglich der Mehrwertsteuersenkung im Hotelleriebereich geteilter Meinung sein kann. Unbestritten ist aber auch, dass die Maßnahme für Regionen, die vom Tourismus abhängig sind, sehr wichtig ist.

Worum geht es genau?

In den Jahren 1999/2000 führte Frankreich erstmals einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe ein. Seither ist die Mehrwertsteuer in diesem Bereich Gesprächsstoff in der deutschen Politik. Schon beim Aufkommen der Steuersenkungsdiskussion in Frankreich hat sich die SPD diesem Thema angenähert. Bereits in Ihrem Parteiprogramm von 1998 fordert sie die Mehrwertsteuersenkung für die deutsche Gastronomie und Hotellerie.

Seit 1999 wird das Thema auch in der FDP diskutiert. Im Jahr 2004 wurde die Forderung nach Beratungen auf Landesebene und in den Fachausschüssen ins Bundesparteiprogramm aufgenommen. 2007 ist sie in einem Positionspapier der Bundestagsfraktion dokumentiert, für die Bundestagswahl 2009 wurde die Forderung ins Wahlprogramm aufgenommen.

Letztes Jahr nun wurde auf europäischer Ebene die Möglichkeit geschaffen, die Mehrwertsteuer unter anderem auf Hotellerie und Gastronomie zu senken. Diesem Vorhaben hatte der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück zugestimmt. Daraufhin haben 22 der 27 europäischen Mitgliedsstaaten die Mehrwertsteuer auf eine oder beide Tourismusedienstleistungen gesenkt.

Speziell für Bayern, das als Reiseziel mit Österreich konkurriert, und für den Schwarzwald mit seinen Grenzen zu Frankreich stellt dies ein Problem für die Wettbewerbsfähigkeit der Touristikbranche dar.



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Andere grenznahe Regionen sind davon ebenfalls betroffen. Die deutschen Tourismusstandorte wären ohne die Steuersenkung den anderen europäischen Staaten gegenüber benachteiligt. Denn signifikante Preisunterschiede aufgrund der Mehrwertsteuer wirken sich im Tourismus aus. Sinkende Touristenzahlen betreffen dann nicht nur die Hotels, sondern alle Geschäftsfelder einer Region.

Diesen Umstand hat auch die bayerische SPD erkannt. Im Jahr 2006 forderte sie die bayerische Staatsregierung auf, die Mehrwertsteuer in der Hotellerie auf 7 Prozent zu senken; ebenso die Landtagsabgeordneten der bayerischen Grünen im Jahr 2009. Die Linkspartei hatte diese Forderung in ihr Bundestagswahlprogramm 2009 aufgenommen. Letzteres gab mir zu denken, da ich linken Forderungen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehe.

Kritiker mögen einwenden, dass die Mehrwertsteuersenkung nicht dem liberalen Grundsatz eines einfachen und transparenten Steuersystems entspricht. Dieser Vorwurf ist nicht von der Hand zu weisen. Im Koalitionsvertrag wurde ein Prüfauftrag für die Mehrwertsteuersystematik aufgenommen. In diesem Rahmen müssen wir dann auch das Rückgrat haben, alle bisherigen Entscheidungen auf den Prüfstand zu stellen und alle systematischen Ungleichheiten zu bereinigen.

Dem Eindruck, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bediene spezielle Interessen, möchte ich entschieden entgegnetreten. Sicher werden durch die Ausnahmeregelung Vergünstigungen geschaffen. Diese dienen aber nicht – wie oben dargestellt – der Hotellerie, sondern den vom Tourismus abhängigen Regionen. Sie sind aus wettbewerbspolitischer Sicht notwendig. So wie uns die Familien vertrauen, die auf eine Erhöhung des Kinderfreibetrages gesetzt haben, sollen es auch Menschen und Unternehmen tun, die sich für weniger Bürokratie und einfachere Steuern stark machen und uns deshalb gewählt haben. Diesen Wählern gegenüber dürfen wir das Vertrauen in unsere Programmatik nicht erschüttern. Aber jeder, der über einzelne Punkte des liberalen Programms nicht glücklich ist, ist herzlich eingeladen, an der Programmatik unserer Partei mitzuarbeiten.

Die durch den SPIEGEL losgetretene Diskussion der SPD über den Zusammenhang zwischen Großspende und gesenkten Mehrwertsteuersätzen halte ich sowohl angesichts der Historie unserer Forderung als auch angesichts der Rahmenbedingungen für scheinheilig.

Die Substania AG (Inhaberin der Mövenpick Kette) hat 2008 und 2009 mehrere Spenden an die FDP geleistet. Alle Spenden waren ordnungsgemäß verbucht und veröffentlicht worden. Für den SPIEGEL gab es also nichts zu enthüllen. Einfluss auf unser Programm konnte die Spende nicht haben, da die Forderung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Jahren in der FDP verankert war. Der gesamte Artikel des SPIEGEL zielte nur darauf ab, uns als gierige Klientelpartei darzustellen. Was die SPIEGEL-Autoren jedoch unterschlagen haben, ist, dass wir im Wachstumsbeschleunigungsgesetz – ein zugegebenermaßen unpassender Name für die transportierten Inhalte – dann durch Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge bspw. auch massiv „Klientelpolitik“ für Familien gemacht haben.

Nachdem gerade die SPD sich intensiv dem Thema Großspenden gewidmet hat, möchte ich an dieser Stelle auf ein interessantes Detail hinweisen: Die SPD hatte in der Wirtschaftskrise, die massiv die Automobilbranche belastete, gerade von dieser Lobby innerhalb von zwölf Monaten Spenden in einem Gesamtvolumen von rund einer halben Million Euro erhalten. Böse Geister könnten hier einen Zusammenhang mit der Abwrackprämie sehen.

Mein Fazit: Als Abgeordnete einer nichttouristischen Region sehe die Mehrwertsteuersenkung kritisch. Die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze entsprechen meiner Meinung nach nicht dem Grundsatz



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

eines einfachen, transparenten und niedrigen Steuersystems. Auf lange Sicht müssen wir hier eine Steuervereinfachung erreichen. Ich habe die Forderung jedoch mitgetragen, da sie lange Jahre Bestandteil unseres Parteiprogramms gewesen ist und wir auch hierfür gewählt wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Judith Skudelny, MdB